

*
*
*
*
*
*
*
*
*
*

OSKAR WEGGEL

China und die EG.

Ein erfolgreicher

Lernprozeß

*
*

Gliederung:

- I. "Europa" - Was stellen sich die Chinesen darunter eigentlich vor?
 - 1. "Kolonialismus"
 - 2. Technik, Innovation
 - 3. Handelspartner
 - 4. Europa als Gegenstand großer Perspektiven und ausgreifender Prognosen
 - a) Europa als Mittelpunkt der hegemonistischen Ziele
 - b) Europa als Partner bei der Rollback-Strategie
 - 5. Besonderheiten Europas, für die China nicht immer das richtige Verständnis aufbringt
 - 6. Zusammenfassung
- II. Die Geschichte der Beziehungen zwischen China und der EG
 - 1. Zwei Schlüsseldaten
 - 2. Kernelemente der chinesischen EG-Politik
 - 3. Drei Neuerungen
 - a) Änderung Nummer 1: Die Aufwertung des Regionalismus
 - b) Änderung Nummer Zwei: Das Arrangement mit den Eurokommunisten
 - c) Änderung Nummer Drei: Anerkennung der Selbständigkeit Europas
- III. Die großen Gemeinsamkeiten zwischen China und der EG Außenhandel
 - 1. Militärische Zusammenarbeit
 - 2. Technische Zusammenarbeit
 - 3. Kulturaustausch; Partnerschaften etc.
 - 4. Hilfe in der Not
 - 5. Gemeinsamkeiten bei der generellen Lagebeurteilung
- IV. Dissonanzen, Zweifel, Mißverständnisse und "kritische Distanz" zwischen China und der EG
 - 1. Zur Entspannung
 - 2. Zur "Ostpolitik"

- 3. Zur europäischen Einheit
- 4. Zum Verhältnis EG - USA
- 5. "Krisenherd Europa": Die publizierte chinesische Meinung
 - a) Die wirtschaftliche Krise in der EG
 - b) Die politische Krise in der EG
- 6. Probleme mit einzelnen europäischen Staaten
 - a) Niederlande
 - b) Vatikan
 - c) Malta
- V. Die Zukunft der EG-China-Beziehungen
 - 1. Neubewertung Europas durch China?
 - 2. Wünsche Europas und Chinas an die wechselseitige Adresse
 - a) Wie China sich die europäische Außenpolitik wünscht
 - b) Wie sich die EG chinesische Außenpolitik wünscht
 - 3. Verbesserungsmöglichkeiten
 - a) Kritik am EG-Verhalten
 - b) Kritik an der chinesischen EG-Politik

I. "Europa" - Was stellen sich die Chinesen darunter eigentlich vor?
Die einzelnen Länder Europas gehören nach dem offiziellen Frontenbildungsschema der chinesischen Führung zur sogenannten Zweiten Welt und sind in dieser Eigenschaft als potentielle Partner einer antisowjetischen Einheitsfront anzusprechen. Nicht nur die Länder West-, sondern auch Osteuropas zählen zu dieser imaginären Gesamtfrente.

Sieht man einmal von dieser hoch-offiziellen Kategorisierung ab, so ergeben sich bei einem Brainstorming hinsichtlich der chinesischen Europavorstellungen im wesentlichen folgende Elemente:

1. "Kolonialismus"
Europa ist als ehemaliger Träger kolonialer Aggression gegen China durchaus noch in lebendiger Erinnerung. Dafür sorgt schon die chinesische Propaganda, die den Begriff der "Ungleichen Verträge" immer wieder auf den Tisch bringt, sei es nun im Zusammenhang mit der Sowjetunion oder aber mit den "Kolonien" Hongkong und Macao.

Europa, zumindest aber der eine oder andere europäische Staat, erscheint in diesem Zusammenhang als einer jener vier großen Feinde, mit denen China es seit Beginn der Jahrhundertwende zu tun hatte -und zwar in der Reihenfolge "europäischer Kolonia-

lismus", "japanischer Militarismus", "US-Imperialismus" und "Sowjet-Hegemonismus".

2. Technik, Innovation
Europa war in der chinesischen Vorstellung lange Zeit mit den Vorstellungen moderner Technik verbunden und hat diesen Ruf - trotz amerikanischer und japanischer Konkurrenz - zum Teil auch bis in die heutige Zeit hineinretten können.

3. Handelspartner
(dazu unten III)

4. Europa als Gegenstand großer Perspektiven und ausgreifender Prognosen
Wenn man sich als Europäer mit China beschäftigt, wird man mit umfassenden - manchmal vielleicht auch allzu großzügigen - Perspektiven bedient, z.B.

a) Europa als Mittelpunkt der hegemonistischen Ziele
Bekannt ist hier die chinesische Auffassung, daß der sowjetische Zugriff auf Länder Afrikas und des Mittleren Ostens letztlich auf Europa abzielt. Die Sowjetunion könne nicht nach Osten und auch nicht nach Westen ausgreifen, weil an beiden Seiten starke militärische Fronten in Form Chinas und der NATO bereitstünden, und sei deshalb auf Vorstöße nach Süden verwiesen, und zwar in Richtung auf Afghanistan, den Iran, das pakistanische Belutschistan und letztlich den Persischen Golf, durch den die Ölrouden für Europa verliefen. Europa werde also nicht direkt, wohl aber indirekt über seine Flanken her angegriffen.

Selbst die sowjetische Ostasienpolitik gilt aus chinesischer Sicht als Absicherung dieser letztlich gegen Europa gerichteten Mittelostpolitik.

Besonders nachdrücklich verweist die chinesische Propaganda seit 1972 auf die "bogenförmige Seeroute", die das Schwarze Meer mit Wladiwostock verbindet, die durch fünf Meere verläuft, drei Kontinente miteinander verklammert und langfristig von Marinebasen gesäumt werden soll. Die Sowjetunion ist, worauf die chinesischen Kommunikationsmittel immer wieder hinweisen, eine über alle Maßen schnell wachsende Flottenmacht. Noch vor zwanzig Jahren war sie unter Marinegesichtspunkten ein Niemand, heute ist sie - in geradezu atemberau-

bend kurzer Zeit - zu einer Marinesupermacht aufgestiegen. 1981 verfügte sie z.B. über 481 U-Boot-Einheiten (NATO: 219), von denen 174 atomgetrieben sind (1). Die Sowjetmarine verdanke diesen Aufstieg nicht nur den drei bitteren Lehren von Suez (1956), Libanon (1958) und Kuba (1962) sondern der strategischen Planung des chinesischen Tirpitz, Marschall Groschkov, der es verstanden habe, die Sowjetführung davon zu überzeugen, daß die Rote Flotte von der Defensive zur Präsenz auf allen Weltmeeren übergehen müsse. Rückgrat der neuen Marine sind vor allem die U-Boote und Schiffe mit Mehrzweckfunktionen, die als "Fischerei"-, "Forschungs"- und "Überwachungseinheiten" aufkreuzen, aber auch "Liniendienste" wahrnehmen. Die sowjetische Flotte wurde vom Binnenmeer (z.B. Schwarzes Meer) über Randmeere (Mittelmeer, Nordsee usw.) zu den Ozeanen hin entwickelt und zeigt heute überall - unter anderem zum Zwecke der Unterstützung für die sowjetische Diplomatie - "Flagge".

Achillesferse der Sowjetmarine sind allerdings lange hingezogene Versorgungswege sowie die Beengtheit durch Eishäfen und leicht blockierbare Häfen. Die Sowjetmarine habe es vor allem mit dem Einsatz von vier Hilfsmitteln verstanden, diese Schwächen auszugleichen, nämlich erstens durch Schaffung von Basen in eisfreien Gegenden, so z.B. in Nahost und Südostasien (Danang, Cam Ranh, Ream, Kompong Som) sowie in Südasiens (Port Blair auf den Andamanen und Vishakapatman in Ostindien), zweitens durch Einsatz von Mehrzweckschiffen (sogenannten "Forschungs- und Fischereischiffen"), drittens durch Einbeziehung der Flottenverbände in das weltweite Satelliten-Kommunikationssystem und viertens durch Einschaltung der Frachtliniendienste in die strategische Gesamtplanung: So etwa sei die Sowjetmarine seit 1964 mit Dumpingpreisen weltweit in den Linienverkehr eingestiegen.

b) Europa als Partner bei der Rollback-Strategie

Bekanntgeworden in diesem Zusammenhang ist die Rede des Leiters des Instituts für Strategische Studien in Beijing, Xu Xin, vom Mai 1981 (2). Nach Xu Xin sei es Aufgabe aller bedrohten Staaten, unter anderem der Länder Westeuropas, sich dem sowjetischen "Expansionismus" in einer wechselseitig abgestimmten Zurückdrängungsstrategie entgegenzustellen - und zwar auf lange Frist hin. Die Sowjetunion sei an

sechs Schwachpunkten verwundbar: Sie leide unter Getreidemangel, habe auf verschiedenen Gebieten beträchtlichen Technologierückstand zu verzeichnen, habe ihre Haushalte mit Militärausgaben überbelastet, werde von Entwicklungshilfeverpflichtungen gegenüber ausländischen Verbündeten bedrängt (in einem Gesamtvolumen von jährlich rund 10 Mrd. US\$), bekomme die Widersprüche im Ostblock zu spüren (Polen) und habe sich an zu vielen Fronten verzettelt (unter anderem in Afghanistan, Kambodscha und Afrika). Genau hier habe die vereinte Rollback-Strategie anzusetzen!

5. Besonderheiten Europas, für die China nicht immer das richtige Verständnis aufbringt

Europa ist ein kleiner Kontinent - genauer ein Subkontinent des eurasischen Landblocks - also sozusagen dessen Anhängsel. Machten seine Bewohner im Jahre 1900 noch 12% der Erdbevölkerung aus, so werden dort im Jahre 2000 nur noch 5% leben. Das Europa der Zehn kann dann also selbst als Ganzes nur noch als eine Art "Zwergstaat" gelten.

Europa ist darüberhinaus ein dicht besiedelter Kontinent, in dem jeder Krieg verheerende Folgen nach sich zöge. Friede, Abrüstung und Entspannung sind demzufolge eine *conditio sine qua non* für die Existenz des Kontinents.

Europa ist ferner ein Kontinent mit schwierigen Nachbarn (vor allem der Sowjetunion), und es ist ein geteilter Kontinent - man denke an die acht osteuropäischen Staaten.

- Europa ist ferner ein Gebiet mit komplizierter Geschichte, mit zahlreichen nationalen Identitäten und Sprachen - es hat sich erst durch die Lehren des Zweiten Weltkriegs mit seinen 55 Millionen Toten zu einer Partnerschaft im Lernprozeß zusammengefunden.

Auch diese Besonderheit wird von den ungeduldig auf eine schnelle Einigung Europas drängenden Chinesen nicht immer berücksichtigt.

- Schließlich ist Europa (noch) eine Zone des Wohlstands und ein Wirtschaftsmarkt, dessen Integrierung noch vor vierzig Jahren unvorstellbar gewesen wäre.

6. Zusammenfassung:

Was bei der chinesischen Sicht Europas ins Auge fällt, ist eine

immer noch verhältnismäßig wenig differenzierte Sichtweise. China - oder zumindest die chinesische Propaganda - neigt zu einer Überbetonung der antihegemoniellen Aspekte an Europa und zeigt außerdem wenig Verständnis für die Dilemmata, die sich aus den Besonderheiten Europas (Kleinheit, Dichtbesiedelung, Geteiltheit, komplizierte Geschichte) ergeben. Vor allem für das das Verwiesensein Europas auf Kompromißlösungen und Entspannung mit der sowjetischen Supermacht zeigt Beijing nur geringes Verständnis.

II. Die Geschichte der Beziehungen zwischen China und der EG

1. Zwei Schlüsseldaten

Vereinfacht ausgedrückt sind es zwei Schlüsseldaten, die auf dem bisher immer noch recht kurzen gemeinsamen Weg deutliche Markierungen abgeben, nämlich die Jahre 1975 und 1979.

1975 wurden zwischen Brüssel und Beijing diplomatische Beziehungen aufgenommen, und zwar im September (3).

1979 wurden das Handelsabkommen (4) unterzeichnet, eine Gemischte Kommission eingesetzt und beiderseitige Handelszentren eingerichtet (5). Im gleichen Jahr auch erhielt die VR China gewisse Zollpräferenzen (6).

2. Die Kernelemente der chinesischen EG-Politik

Die Kernelemente der chinesischen EG-Politik wurden im 10-Jahres-Zeitraum zwischen 1964 und 1974 festgelegt:

- 1964 fand Europa im Rahmenwerk des damaligen chinesischen Zwischenzonenkonzepts seinen Platz. Das Frankreich de Gaulles hatte damals am 27.1.1964 die VR China diplomatisch anerkannt und damit die Führung in Beijing zu einer Überarbeitung ihres bisherigen Konzepts veranlaßt. Waren die Länder Europas vorher entweder dem Lager der Sowjetunion oder der USA zugerechnet worden, so schälte sich nun langsam ein Zwischenlager heraus (7).

- 1968/69 (Prag, Ussuri, Breschnew-Doktrin) begann die chinesische Außenpolitik sich ganz auf einen antihegemonistischen Kurs als Generallinie einzupendeln, womit sich die europäischen Länder mit einem Mal zu nützlichen Verbündeten aufgewertet sahen.

- 1974 schließlich erging jene

heute altbekannte Drei-Welten-Theorie, derzufolge die meisten Länder Europas - mit nur ganz wenigen Ausnahmen ("Entwicklungsländer" wie Malta oder Portugal gehören vielleicht zur Dritten Welt) - der Zweiten Welt zugeordnet wurden (8).

Architekten dieser Politik waren also noch Persönlichkeiten wie der frühere Außenminister Chen Yi, Zhou Enlai und Mao Zedong. Ihre Europapolitik war dadurch gekennzeichnet, daß Europa, vor allem die EG, lediglich eine Karte im antihegemonistischen Spiel war und daß die einzelnen Länder Europas der weltweiten antihegemonistischen Einheitsfront angehörten.

3. Drei Neuerungen

Die oben erwähnte Politik aus dem damaligen Jahrzehnt hat in ihren Grundzügen bis heute überlebt, zeigt also hochgradige Kontinuität.

Nach Kenntnis des Autors gab es eigentlich nur drei Neuerungen seitdem, die der Erwähnung wert sind, nämlich die Neugewichtung des Regionalismus, das Arrangement mit den Eurokommunisten und die Neubewertung der EG als einer wirklichen Dritten Kraft. Im einzelnen:

a) Änderung Nummer 1: Die Aufwertung des Regionalismus

Seit Beginn der siebziger Jahre ist Beijing zum Hauptbefürworter von stabilitätsträchtigen Regionalbündnissen geworden - soweit diese auch Antihegemoniefunktionen wahrnehmen können. Die leidenschaftlichsten Plädoyers für das ASEAN-Bündnis werden nicht in Kuala Lumpur, sondern in der chinesischen Hauptstadt gehalten; die eigentlichen Verfechter des Andenpakts, Großarabiens oder der OAU leben nicht in Lima, Damaskus oder Dakar, sondern in Beijing; ganz auf dieser Linie kann man auch das Bonmot ansiedeln, daß die besten Europäer heute nicht in Brüssel, sondern in Beijing sitzen. Dabei gehen die Chinesen offensichtlich von der Prämisse aus, daß ein Land und eine Region, die ihren eigenen Interessen entsprechend - und aus eigener Machtvollkommenheit - leben, automatisch auch antihegemonistische Abwehrmechanismen entwickeln. Kein Wunder, daß China für eine Ausweitung des Europas der Zehn plädiert, ja am liebsten eine gesamteuropäische Lösung unter Einbeziehung der osteuropäischen Staaten sähe - ein Wunsch, der vorerst noch illu-

sionär erscheint, der aber im langfristigen Denken der chinesischen Außenpolitik durchaus seinen Platz hat.

b) Änderung Nummer 2: Das Arrangement mit den Eurokommunisten

Nach anfänglichen Schwankungen gegenüber der in den 70er Jahren aufgekommenen Bewegung des Eurokommunismus fand Beijing erst 1980 eine klare Linie. Im April 1980 nämlich besuchte eine KPI-Delegation unter Leitung Enrico Berlinguers die Volksrepublik und konnte bei dieser Gelegenheit auch die Errichtung von KP/KP-Beziehungen erreichen - und dies, obwohl die KPI jene Anfang der 60er Jahre von Togliatti verkündeten und von Beijing jahrelang so erbittert bekämpften "12 Thesen" über eine neue Form des Kommunismus keineswegs aufgegeben hatte (9). Im November 1980 folgten eine Delegation der spanischen KP unter Leitung von Santiago Carrillo, die ebenfalls offizielle KP-Beziehungen erreichte. Als schließlich eine SPF-Delegation unter Francois Mitterrand im Februar 1981 nach China kam (10), konnte sie - obwohl keine kommunistische Partei - ebenfalls solche offiziellen Beziehungen begründen. Die KPF unter Marchais dagegen ging (zumindest bis zum Ende des Berichtszeitraums) leer aus:

Die Überlegungen, die hinter diesen prima facie paradoxen Entwicklungen steckten, lassen sich auf die Formel bringen, daß eurokommunistische Antihegemonisten als Beijings Freunde gelten, eurokommunistische Hegemoniefreunde dagegen mit Beijings Abneigung zu rechnen haben. Gretchenfrage zur damaligen Zeit war vor allem die jeweilige Einstellung in der Afghanistanfrage. Genaugenommen handelte es sich bei diesen Entwicklungen eigentlich nicht um wirkliche Änderungen der chinesischen Politik, sondern vielmehr um eine Übertragung des Antihegemonieprinzips auf das neu aufgekommene Phänomen der eurokommunistischen Parteien.

Man sollte in diesem Zusammenhang die Frage stellen, ob nicht auch eine Partei wie die SPD dem Beispiel der SPF folgen und offizielle Beziehungen zur chinesischen KP aufnehmen könnte. Nämlich die SPD von ihrer Ostpolitik sowie ihrer behutsamen Beurteilung der Sowjetunion und ihrer außenpolitischen Aktionen Abstand, so könnte sie wohl über kurz oder lang ebenfalls des KPCh-Segens teilhaftig werden.

Gerade in letzter Zeit wurden "Vier Prinzipien" der chinesischen KP-Diplomatie formuliert. Sie lauten stichwortartig: Selbständigkeit jeder KP, völlige Gleichberechtigung, gegenseitige Achtung, gegenseitige Nichteinmischung in innere Angelegenheiten (11). Man merkt diesen Einzelpunkten an, daß sie jeweils vor dem Hintergrund der "einmischungsträchtigen" KPdSU-Praxis formuliert wurden.

c) Änderung Nummer 3: Anerkennung der Selbständigkeit Europas (dazu unten V/1)

III. Die großen Gemeinsamkeiten zwischen China und der EG

1. Außenhandel

Es sollen hier keine Tabellen angeführt werden. Literatur in dieser Hinsicht existiert im Überfluß.

Im vorliegenden Zusammenhang mag der Hinweis genügen, daß die EG sowohl an den chinesischen Exporten als auch am Import nach China etwa ein Viertel bestreitet. Diese Marge scheint für die chinesischen Außenhändler inzwischen zur Standardgröße geworden zu sein - dies schon deshalb, weil man in China nicht wünscht, daß irgendwelche Abhängigkeiten von den anderen westlichen Handelsmächten Japan und USA entstehen. Europa dient also nicht nur im politischen, sondern auch im außenhändlerischen Bereich als willkommener, "Äquidistanz" ermöglichender Partner.

2. Militärische Zusammenarbeit

Viel ist in den letzten Jahren über chinesische Ausrüstungskäufe in Europa die Rede gewesen. Seit 1977 wurde vom Kauf des britischen Senkrechtstarters Harrier gesprochen; von der Bundesrepublik wurden vier Hubschrauber (MBB) an China verkauft, allerdings offiziell nicht zu militärischen, sondern Versorgungszwecken für Ölplattformen im Offshore-Bereich.

Frankreich will den Chinesen angeblich den Panzer Crotale, die Panzerabwehrrakete Milan und das Jagdflugzeug Mirage verkaufen. Vor allem der Besuch von Generalstabschef Yang Dezhi im Februar 1981 in Paris löste Spekulationen in dieser Richtung aus.

Es ist jedoch ungemein bezeich-

nend, daß von den zahlreichen immer wieder diskutierten Projekten nur ganz wenige wirklich realisiert wurden. Der Kapitalmangel der Chinesen sowie das chinesische Verlangen, im wesentlichen nur das Know-how, nicht aber größere Stückzahlen zu erwerben, mag für die hier aufgetretenen Enttäuschungen ebenso verantwortlich sein, wie die Furcht der potentiellen Verkäuferländer vor sowjetischen Gegenreaktionen.

3. Technische Zusammenarbeit

Erinnert sei in diesem Zusammenhang etwa an Vereinbarungen auf dem Energiesektor (12), in der Landwirtschaft, im Chemie-, Prospektions-, Laser- und anderen Bereichen - um hier nur einige wenige Beispiele zu nennen.

4. Kulturaustausch; Partnerschaften etc.

Es handelte sich hier um einen weiten Bereich von Aktivitäten, die unter den Begriff "Volksdiplomatie" fallen und für die eine Fülle verschiedener chinesische Organisationen zuständig sind (13). Auch die Städte- und Provinzpartnerschaften haben nicht nur im deutschen, sondern im gesamteuropäischen Bereich Verbreitung gefunden.

5. Hilfe in der Not

Im März 1981 half die EG den beiden Provinzen Hebei und Hubei, die damals gerade von schweren Naturkatastrophen betroffen waren mit finanziellen und medizinischen Mitteln (14).

6. Gemeinsamkeiten bei der generellen Lagebeurteilung

Chinesische wie EG-Politiker sind übereinstimmend der Auffassung, daß die Konfliktgefahr in der Welt wächst, daß die Hauptquelle dafür die Rivalität der beiden Supermächte ist und daß drittens die Abrüstung eben aus diesem Grund bei den Supermächten beginnen muß. Weitgehende Einigkeit besteht auch darüber, daß Europa im Zentrum des Konflikts steht und daß auch nur ein "Randkonflikt" ein Land wie beispielsweise die Bundesrepublik Deutschland auslöschen könnte (15).

Hier enden allerdings dann bereits (soweit nicht spezifische Fragen angeschnitten werden) die Gemeinsamkeiten, und es beginnen jene Dissonanzen und Mißverständnisse, die unten (IV.) zu beschreiben sind.

IV. Dissonanzen, Zweifel, Mißverständnisse und "kritische Distanz" zwischen China und der EG

1.

Zur Entspannung

Die Chinesen halten Entspannung zwar für sinnvoll, gehen aber davon aus, daß ein Staat oder eine Staatengruppierung, die die Entspannung anstrebt, sie notfalls auch durch ein angemessenes Waffenpotential sicherstellen kann. Die europäische "Entspannungspolitik" und auch die neueren "Friedensoffensiven" litten jedoch darunter, daß es den Europäern gerade an dieser "Unterpolsterung" mit Waffen fehle. Hier seien sie am Ende dann doch wieder auf die Amerikaner angewiesen. "Entspannung" ist - so gesehen - nur eine halbe Sache und beruht auf Selbsttäuschung (16).

Letztlich spitzt sich dieser Komplex für die Chinesen auf die Frage zu, ob die Europäer lieber eine (illusionäre) Entspannung oder aber eine Teilnahme an der von China vorgeschlagenen antihegemonistischen Einheitsfront wünschen.

2.

Zur "Ostpolitik"

Aus europäischer Sicht hat die "Ostpolitik" zahlreiche territoriale Streitigkeiten in Europa beseitigt, hat einen Modus vivendi und einen anhaltenden Dialog zwischen Ost- und Westeuropa begründet, hat das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin ermöglicht, die KSZE- und die MBFR-Verhandlungen ausgelöst und überdies der Bundesrepublik ein neues Image verschafft.

Aus chinesischer Sicht dagegen ist die gesamte Ostpolitik letztlich "kapitulationistisch" und durchtränkt vom "Geist von München". Abrüstungsgespräche im Rahmen der MBFR dienten der Sowjetunion - wie auch andere Abrüstungsrunden - lediglich zu einer noch stärkeren Aufrüstung - dies wenigstens habe die bisherige Praxis gezeigt.

3.

Zur europäischen Einheit

Kein Zweifel, die chinesische Führung betrachtet die Bildung der EG als eine der großen positiven Entwicklungen der Nachkriegszeit und als eine Stärkung der Zweiten Welt.

Gleichzeitig jedoch wird dieses Positivum kritisch hinterfragt, sobald Zweite Welt und Dritte Welt miteinander in Konflikt geraten.

Dies wurde besonders deutlich im Zusammenhang mit dem Malvinas/Falkland-Konflikt. Hier war es den Chinesen gar nicht recht, daß sich die anderen westeuropäischen Staaten geschlossen hinter die britischen Aktionen stellte (17). Hier wird deutlich, daß sich die Waagschale der chinesischen Gunst im Zweifel stets zugunsten eines Landes der Dritten Welt neigt.

4.

Zum Verhältnis EG - USA

In den Schachzügen der Reagan-Administration gegenüber den europäischen Ländern (Antidumping-Steuern gegen EG-Importe vom 11. Juni 1982 und Maßnahmen gegen das Erdgasröhrengeschäft, angeordnet am 18. Juni 1982) sieht China mehr als nur einen "Familienstreit". Letztlich gehe dieser Konflikt tiefer: Während die EG den Dialog wünsche, arbeite die USA mit Mitteln der Bestrafung und des Diktats. Am Ende nutze der amerikanisch-europäische Streit nur einer dritten Macht, nämlich der Sowjetunion, die sich schon heute als lachender Dritter sehe, so z.B. im Zusammenhang mit dem Erdgasröhrengeschäft. China kann die Haltung der US-Regierung schon deshalb nicht verstehen, weil diese fast zur gleichen Zeit, da sie den Europäern Vorhaltungen macht, ihre eigenen, vorher eingestellten Getreidelieferungen an die Sowjetunion wieder aufgenommen hat - und dies, ohne vorherige Konsultationen mit ihren Verbündeten (18).

5.

"Krisenherd Europa": Die publizierte chinesische Meinung

a)

Die wirtschaftliche Krise in der EG

Aus den zahlreichen Artikeln, die zu diesem Thema erschienen sind, seien hier nur einige besonders charakteristische herausgegriffen: Da sind einmal Ausführungen über die "Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems" im allgemeinen. Der Kapitalismus habe zwischen 1945 und 1973 seine "dreißig goldenen Jahre" erlebt, und zwar im Zeichen dreier optimaler Voraussetzungen nach dem Zweiten Weltkrieg. Da gab es erstens einen riesigen Bedarf, der sich genaugenommen schon seit 1929 angehäuft hatte. Zweitens sicherten die USA ein weltweites Produktions-, Handels- und Währungssystem, in dessen Rahmenwerk die einzelnen Volkswirtschaften wie im Treibhaus gedeihen konnten. Das weltweite Produktionssystem wurde durch den

Marshall-Plan sowie durch die Multis der USA garantiert, das Handelssystem durch den GATT-Mechanismus und das weltweite Währungs- und Finanzsystem durch die Abmachungen von Bretton Woods, bei der der US-Dollar als Reservewährung festgelegt wurde. Drittens erhielt das ganze System seinen militärisch-politischen Schutz durch die USA.

All diese Voraussetzungen sind seit Mitte der siebziger Jahre verschwunden: Der Bedarf ist im wesentlichen gesättigt. Anstelle des einheitlichen Produktionssystems sind drei miteinander konkurrierende Zentren (USA, Europa und Japan) mit allen dabei entstehenden Konflikten getreten; die vom GATT garantierte Offenheit der Grenzen macht inzwischen zunehmendem Protektionismus Platz, und an die Stelle der Leitwährung US-Dollar sind gleich drei Leitwährungen (US-Dollar, Euro-Dollar und Yen) getreten. Schließlich ist der politisch-militärische Schirm der USA immer löchriger geworden, vor allem seit dem Ende des Vietnam-Kriegs. Der nukleare Schutz der USA stößt überdies auf die Skepsis zahlreicher Europäer und europäischer "Friedensbewegungen"; zwischen USA und EG sei eine Vertrauenskrise ausgebrochen. Die zunehmend lastiger werdenden Rüstungsausgaben zehrten an den europäischen Haushalten. Das alte System sei m.a.W. so gut wie tot, ein neues aber noch lange nicht in Sicht. (Man muß zugeben, daß fundamentale Kritiken dieser Art mit viel Scharfsinn abgefaßt sind; übersehen wird dabei allerdings, daß die Weltwirtschaftskrise nicht nur die "kapitalistischen", sondern in ungleich härterer Weise auch die "sozialistischen" Staaten und Volkswirtschaften erfaßt hat - ein Symptom, das in diesem Zusammenhang unerwähnt bleibt.)

Mit Hartnäckigkeit verweist die chinesische Propaganda auch auf die steigenden Arbeitslosenzahlen, die 1973 innerhalb der 24 OECD-Länder bei 8 Mio. gelegen hätten, 1982 aber auf 28,5 Mio. hochgeschwollen seien. In den USA seien heute 9%, in der EG 1982 sogar 9,7% Arbeitslose zu verzeichnen. Die Regierungen zeigten sich angesichts des neuen Problems hilflos. Sie kämen weder mit einer inflationistischen Staatsfinanzierung (nach dem Muster von Keynes) noch mit einer Politik der ("monetaristischen" und) deflationistischen Schrumpfung (betrieben von Großbritannien und den USA) zurecht. Das Versagen des Keynesianismus und des Monetarismus sei zugleich ein Symp-

tom für den Zusammenbruch des kapitalistischen Systems und seiner Theorien.

Unterdessen seien die Umweltbewegungen in Europa im Wachsen, vor allem in Schweden, Belgien und der Bundesrepublik. Einschlägige Berichte (19) heben mit Akuratesse die wichtigsten Anliegen politischer Bewegungen hervor (nicht Wirtschaftswachstum, sondern Ökologie an erster Stelle, Arbeitslosigkeit durch Verkürzen der Arbeitszeit beenden, stärkere Unabhängigkeit von außen, regionale Autonomie, dezentrale Wirtschaftsführung etc.), vergessen allerdings eine der Hauptforderungen der "Grünen" zu erwähnen, nämlich daß der Sozialhaushalt künftig verstärkt aus dem Verteidigungshaushalt finanziert werden soll. Solche Forderungen passen nicht in die Landschaft der chinesischen Vorstellungen, denzufolge Europa ja eigentlich noch stärker als bisher aufrüsten sollte.

Die ökologische Bewegung erweckt in China auch insoweit keinerlei Verständnis, als sie darauf abzielt, Wirtschaftswachstum und Technologiefortschritt abzubremesen. Für sämtliche "konfuzianische" Staaten, angefangen von Japan über Singapur, Hongkong, Taiwan und Korea bis hin zur VR China, ist charakteristisch, daß eine fast geschlossene Übereinstimmung in der Forderung nach technologischem Fortschritt und im Zuwachsenden besteht. Eine Anti-Zuwachs-Partei, die Ökologie auf Kosten des Wachstums fordert, paßt ganz gewiß nicht in die Köpfe der chinesischen Führung.

b) Die politische Krise in der EG

So sehr China den Europäern möglichst schnelle Einigungsfortschritte wünscht, so mißmutig beobachtet es gleichzeitig die Hemmnisse, die der Integration entgegenstehen. Die drei Hauptprobleme der EG, nämlich das Budget, die Agrarpolitik und die finanzielle Zuteilung seien nach wie vor ungelöst, ebenso die Frage einer "zweiten Erweiterung", die nach Großbritannien, Dänemark, Irland und Griechenland nun auch Spanien und Portugal erfassen soll. Jeder wünsche eine Sonderbehandlung, keiner sei zu Opfern bereit. Überdies stürzten die Regierungen gerade Anfang der 80er Jahre zuhauf: im Mai 1981 die Regierung Giscard d'Estaing (nach 23 Jahren konservativer Vorherrschaft traten hier die Sozialisten die Macht an), im Juni 1981 die Democrazia Christiana in Italien

(erstmal seit dreißig Jahren trat hier mit Spadolini ein Nichtmitglied der DC den Posten eines Ministerpräsidenten an) und im Oktober 1981 in Griechenland die Konservativen, die erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg dem "linken Flügel" unter Papandreu die Macht überlassen mußten. Am 1. Oktober 1982 schließlich vollzog sich auch in der Bundesrepublik, zum ersten Mal seit 13 Jahren, wieder ein Wechsel.

All diese Krisen seien "Folgen der Rezession" (20).

6. Probleme mit einzelnen europäischen Staaten

Mit den Mittelmächten der EG (Bundesrepublik, Großbritannien, Frankreich) unterhält China im großen und ganzen harmonische Beziehungen. Anders ist es mit einigen kleineren Staaten:

a) Niederlande

Seit Den Haag Anfang 1981 beschloß, an Taiwan zwei U-Boote zu liefern, verschlechterten sich seine Beziehungen zur VR China in rasantem Tempo. Beijing stufte die diplomatischen Beziehungen herab, wies einen niederländischen Korrespondenten aus, brachte das Schmähwort "Hollanditis" in die Diskussion und intensivierte gleichzeitig seine Beziehungen zu Belgien (21). Es ist wohl kein Zweifel, daß mit pädagogischen Aktionen dieser Art nicht nur die niederländische Regierung gewarnt, sondern gleichzeitig auch ein abschreckendes Beispiel für die USA gesetzt werden sollte, die damals schon im Begriffe waren, Taiwan mit modernen Jagdflugzeugen auszurüsten.

b) Vatikan

Der Heilige Stuhl ist der einzige Staat in Europa, der heute noch Beziehungen mit der Inselrepublik Taiwan unterhält. Hierfür hätte Beijing allenfalls noch Verständnis gehabt; als der Vatikan allerdings im Juni 1981 auch noch einen Bischof in China ernannte, war das Faß aus chinesischer Sicht zum Überlaufen gebracht worden. Der Heilige Stuhl habe sich erlaubt, in die drei "Unabhängigkeiten" der nationalen katholischen Kirche Chinas einzugreifen (d.h. also in die administrative, kulturelle und finanzielle Unabhängigkeit). Dies sei mit dem Souveränitätsverständnis Chinas, das während der Kolonialzeit so arg strapaziert wurde, nicht vereinbar (22).

c)

Malta

Der ungewöhnlich intensiven Malta-Diplomatie (u.a. wurde der maltesische Ministerpräsident bisher nicht weniger als dreimal in China empfangen) liegt die chinesische Befürchtung zugrunde, daß die Sowjetmarine im Mittelmeer eine neue Basis suche und daß hierbei Malta im Zentrum künftiger Bemühungen Moskaus stehen werde. So ist es auch kein Wunder, daß noch bei jeder bisherigen Visite Dom Mintoffs dieses Marinethema im Vordergrund gestanden hat (23).

V.

Die Zukunft der EG-China-Beziehungen**1. Neubewertung Europas durch China?**

Oben (II.) wurde bereits erwähnt, daß die Kernelemente der chinesischen EG-Politik in den 10 Jahren zwischen 1964 und 1974 festgelegt wurden und daß sich seitdem im wesentlichen nur drei "Innovationen" beobachten lassen. Die dritte dieser Neuentwicklungen sei im vorliegenden Zusammenhang näher erläutert. Bisher betrachtete China die EG ja weitgehend nur als ein Funktionselement in der sino-sowjetischen Auseinandersetzung. Neuerdings hat es den Anschein, als gelte die EG nun nicht mehr nur als "Karte", sondern vielmehr als eigenständige dritte Kraft. Anlaß zu dieser Vermutung gibt ein Artikel des Stellvertretenden Direktors des Instituts für Internationale Studien in Beijing, Guo Fengmin, der in der Institutszeitschrift "Studium internationaler Fragen" (24) abgedruckt wurde (25). Guo, dessen Ansicht gewiß nicht nur als Privatmeinung gewertet werden darf, kommt zu dem Ergebnis, daß es für Westeuropa in den 80er Jahren vier Perspektiven gebe, nämlich entweder abermals verstärkte Abhängigkeit von den USA (Option Nr.1) oder ein nur teilweise US-abhängiges Europa (Option Nr.2) oder ein völlig selbständiges Europa mit eigenem Verteidigungssystem (Option Nr.3) oder schließlich die "Finnlandisierung" Westeuropas (Option Nr.4).

Der Verfasser hält die Optionen 1 und 4 für unwahrscheinlich und glaubt für die 80er Jahre an die Option Nr.2 ("Halb-Gaullismus"), für die fernere Zukunft aber an die Option Nr.3 (also an die völlige Selbständigkeit Europas). Zwischen Lösung 2 und Lösung 3 liege allerdings ein langer und gewundener Weg, in dessen Verlauf vermutlich zahlreiche Rück-

schläge zu verzeichnen seien. Soweit es an China liegt, so hofft es auf eine möglichst schnelle Verwirklichung der Option Nr.3, da ein unabhängiges und selbständiges Westeuropa, das sowohl der amerikanischen Einmischungshybrid Paroli bieten als auch dem Hegemonismus der Sowjetunion kraftvoll entgegengetreten kann.

Schon jetzt sei die Europäische Gemeinschaft, trotz all ihrer Schwächen, auf dem besten Weg, zu einer eigenständigen politischen Kraft zu werden. Man könne diese Entwicklung "neogaullistisch" oder aber "halbgaullistisch" nennen, insofern sie ja nicht mehr so eigensinnig und anti-amerikanisch-aggressiv sei wie der Gaullismus der 60er Jahre, der auf vollständige Unabhängigkeit pochte, sondern sich eher flexibel gebe und nur auf langsame Abkoppelung von den USA dränge. Am stärksten sei der Neogaullismus in der Bundesrepublik Deutschland - gewiß eine etwas abwegige Vorstellung!

Wichtigstes Instrumentarium des Neogaullismus sei die Politik der Entspannung, mit deren Hilfe sich die in Jalta festgelegte bipolare Herrschaftsteilung Europas langsam aufweichen lasse. Hauptstationen der Entspannungspolitik seien bisher die Dialogangebote de Gaulles an die Ostblockländer aus dem Jahre 1966, ferner die Ostpolitik der Regierung Brandt im Jahre 1969 und die KSZE-Gipfelkonferenz im Jahre 1975 gewesen. Freilich könne, wie oben (IV/1 und 2) bereits ausgeführt, Entspannung und "Ostpolitik" nicht von den Europäern allein, sondern nur mit Hilfe der USA erreicht werden - ein entscheidendes Man-ko!

Die größten Hindernisse auf dem Weg zu einer wirklichen europäischen Einheit sei einmal die nach wie vor bestehende Abhängigkeit von den USA, vor allem vom amerikanischen Atomschutz und vom amerikanischen Währungssystem, zum anderen die auseinanderstrebenden nationalen Interessen. Daß die europäische Sicherheit auf den nuklearen Schutz des fernen, durch einen Ozean getrennten Amerika angewiesen sei und daß die Währung der USA - als Leitwährung - das Wirtschaftsgefüge europäischer Staaten durcheinanderbringe - dies seien die beiden grundlegenden Widersprüche, die bei der Gründung des europäisch-amerikanischen Bündnisses noch im Verborgenen gelegen hätten, die heute allerdings voll ans Tageslicht träten. Die Europäer seien bestrebt, Abhängigkeiten dieser Art sobald wie möglich ab-

zubauen. (Zu den divergierenden nationalen Interessen der Deutschen, Franzosen und Briten vgl. Näheres C.a., Juni 1982, Ü 2).

Auch in ihrem Verhältnis zu den Ländern der Dritten Welt zeige die EG wachsende Selbständigkeit. Die Staaten Westeuropas erwiesen sich hier als Kräfte der Mitte, die danach trachteten, die Dritte Welt mittels "reformistischer" Politik weiterhin in Abhängigkeit von den Industrieländern zu halten. Die Europäer brauchten die Rohstoffe der Dritten Welt und unterhielten deshalb einen begrenzten Nord-Süd-Dialog. Es gehe ihnen darum, die Methoden des innerstaatlichen Disputts zwischen Kapital und Arbeit analog auf die Nord-Süd-Beziehungen zu übertragen, m.a.W. also die armen Staaten nach wie vor im beschränkten Maße auszu-beuten. Hierbei zeige sich die EG in den Methoden höchst flexibel: Mit einigen Mittelmeeranrainern kamen meistbegünstigte Wirtschaftsbeziehungen zustande. Mit afrikanischen und asiatisch-pazifischen Staaten wurden Präferenzbeziehungen begründet (u.a. im Abkommen von Lomé); auch der europäisch-arabisch-afrikanische Dialog habe gewisse Kooperationsformen hervorgebracht, und mit den übrigen Staaten der Dritten Welt sei Europa in einen Nord-Süd-Dialog eingetreten. Die EG hoffe, mit Hilfe solcher Arrangements ein politisches und wirtschaftliches System auf die Beine zu stellen, das - mit Europa im Zentrum - afrikanische Staaten und verschiedene Länder des Nahen Ostens umfaßt.

Von einem europäischen mittleren Weg könne deshalb die Rede sein, weil die EG weder - wie z.B. die USA und die UdSSR - eine "konservative Außenpolitik" anstrebe und zwar durch Beibehaltung des überkommenen internationalen Systems, noch auf eine "revolutionäre Außenpolitik" hinstrebe, wie sie von den meisten Ländern der Dritten Welt ("neue Weltwirtschaftsordnung" etc.) gefordert werde. Die EG habe sich mit anderen Worten am Ende im internationalen Klassenkampf als Kraft der Mitte etabliert, die den "Reformismus" zu verwirklichen suche. Hauptvertreter dieser Richtung seien die sozialdemokratischen Parteien in den verschiedenen europäischen Ländern.

Dies also sei am Ende die dreipolige Außenpolitik der westeuropäischen Staaten: langfristige Abkoppelung von den Ländern der Dritten Welt, Eintritt in eine multipolare Welt und reformistische Politik gegenüber der Dritten Welt. China hofft, daß Europa mit

seinen multipolaren Bestrebungen Erfolg hat und daß es sich andererseits stärker als bisher für die Probleme der Dritten Welt um ihrer selbst - und nicht etwa nur um kurzfristiger wirtschaftlicher Interessen - willen interessiert.

Europa ist m.a.W. aus chinesischer Sicht drauf und dran, zu einem eigenständigen Zentrum im internationalen Kräftespiel zu werden.

2. Wünsche Europas und Chinas an die wechselseitige Adresse

a) Wie China sich die europäische Außenpolitik wünscht

Zweckmäßigerweise hängt man die chinesischen "Wünsche", die sich aus den verschiedensten Aussagen herausfiltern lassen, am Drei-Welten-Schema auf.

Danach soll Europa gegenüber den Ländern der Ersten Welt einerseits eine Politik der Abkoppelung (d.h. von den USA) und andererseits der Einreihung in den weltweiten antihegemonistischen Frontenverband (d.g. gegenüber der Sowjetunion) verfolgen.

Im Kreise der Länder der Zweiten Welt soll Europa als eine Art Multipolarisierungs-Lokomotive wirken und gegenüber der Dritten Welt eine Politik der Zusammenarbeit betreiben, wobei Kooperation nicht nur in wirtschaftlichen, sondern auch in anderen Bereichen stattfinden und sich nicht nur auf "Reformismus" beschränken, sondern darüber hinaus auch den "revolutionären" Vorstellungen der Dritten Welt Rechnung tragen soll.

b) Wie sich die EG chinesische Außenpolitik wünscht

Zusammenarbeit mit den USA und Distanz zur Sowjetunion (ohne daß diese Distanz freilich gefährliche Ausmaße annimmt) - dies etwa wäre eine chinesische Außenpolitik gegenüber der Ersten Welt, wie sie den EG-Ländern als wünschbar erscheinen muß.

Was chinesische Beziehungen zu den Ländern der Zweiten und Dritten Welt anbelangt, so sollte sich die EG eine Zusammenarbeit auf jeweils allen drei Ebenen wünschen, wobei China allerdings einerseits um mehr Verständnis für gewisse Besonderheiten gebeten und andererseits davon abgehalten werden müßte, (vielleicht eines Tages) wieder mit den Mit-

teln der Linken Strategie zu arbeiten.

3. Verbesserungsmöglichkeiten

a) Kritik am EG-Verhalten

Es wurde oben ausgeführt, daß China wenig Gespür für gewisse Besonderheiten der EG zeigt; umgekehrt könnte man "den" Europäern vorwerfen, daß sie allzu häufig Chinas langfristige Perspektiven über die Stellung Europas in der Weltpolitik belächelt haben. Wer sich lange genug mit China und den chinesischen Auffassungen beschäftigt, wird Europa über kurz oder lang neu "entdecken", die Gefährdungen und Chancen Europas neu einschätzen. Man sieht die EG vom Weltraumsatelliten und nicht mehr vom Kirchturm aus.

Ein weiterer Minuspunkt, der der europäischen Politik anzukreiden ist, besteht darin, daß die EG bisher ihre Möglichkeiten, auf China einzuwirken, zuwenig genutzt hat. Es kann z.B. kein Zweifel sein, daß der Indochina-Konflikt mit all seinen Gefährdungen nur von zwei Ländern wirklich effektiv entschärft werden kann, nämlich von Vietnam und China. Nicht zuletzt die EG hätte hier als "ehrlicher Makler" die Gelegenheit, auf beide Streitparteien einzuwirken. Die bloße Teilnahme an UNO-Abstimmungen oder an einer von der UNO veranstalteten Indochina-Konferenz konnte demgegenüber wenig Fortschritte bringen.

Eine Zeitlang haben europäische Politiker versucht, China als Karte gegen die Sowjetunion zu benutzen - ein Unternehmen, das inzwischen allerdings an seiner eigenen Tragikomik gescheitert ist.

Schließlich wäre den europäischen Staaten noch vorzuwerfen, daß sie im Handelsbereich den Japanern zuviel Raum überlassen und ihre Chancen auf diesem schnell wachsenden Markt nicht mit dem nötigen Nachdruck verfolgen. Vor allem im Bereich der Gewährung staatlicher Kredite und der Einräumung von Garantien bestünden hier noch weite Spielräume.

b) Kritik an der chinesischen EG-Politik

In erster Linie ist hier die bereits mehrere Male erwähnte undifferenzierte Betrachtungsweise und das mangelnde Verständnis der VR China für gewisse Sonderprobleme und Sonderbedürfnisse der Euro-

päer ("Ostpolitik", Entspannung) zu konstatieren. Zu sehr setzt Beijing auf die antihegemonistische Verwendbarkeit der EG-Staaten. Des weiteren wäre den Chinesen eine manchmal unrealistische marxistische Verengung des Gesichtsfeldes bei der Beurteilung der europäischen Probleme vorzuwerfen. Man übersieht in Beijing, daß die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise nicht nur ein Problem der EG oder der "kapitalistischen Länder", sondern auch der sozialistischen Volkswirtschaften ist.

Trotz solcher Gravamina darf man aber feststellen, daß die gegenseitigen Beziehungen sich im großen und ganzen positiv - und im Aufwind eines zunehmend differenzierten Lernprozesses entwickelt haben - und dies in geradezu sensationell kurzer Zeit. Es ist zu hoffen, daß dieser inzwischen eingeleitete Lernprozeß dazu beiträgt, auch die wenigen Mißverständnisse, die noch das EG-China-Verhältnis bestimmen, über kurz oder lang auszuräumen. Jedenfalls gibt es in der Weltpolitik kaum eine Entwicklung, die sich in so kurzer Zeit so erfreulich gestaltet hätte wie das Beziehungsgefüge zwischen den beiden Mächten am östlichen und am westlichen Ende des eurasischen Kontinents.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. z.B. C.a., September 1981, Ü 4.
- 2) Näheres C.a., Juni 1981, Ü 6.
- 3) Näheres C.a., August 1977, S.491.
- 4) C.a., 1979, S.134, 244, 284.
- 5) C.a., 1979, S.83.
- 6) Näheres C.a., 1979, S.1205.
- 7) Näheres dazu Oskar Weggel, "Die Außenpolitik der VR China", Stuttgart u.a. 1979, S.62 ff. (65).
- 8) Näheres dazu Weggel, ebda., S.68 ff.
- 9) Im einzelnen dazu Oskar Weggel, "Gute und böse Eurokommunisten", C.a., April 1980, S.305-310.
- 10) C.a., Februar 1981, Ü 3.
- 11) RMRB, 8.6.82.
- 12) Näheres C.a., März 1982, Ü 18.
- 13) Näheres dazu Oskar Weggel, "Außenpolitik...", a.a.O., S.93 ff.
- 14) C.a., März 1981, Ü 1.
- 15) In diesem Sinne etwa Egon Bahr im Anschluß an seinen China-Besuch in: Der Vorwärts, 16.9.82, S.12.
- 16) Näheres C.a., Juni 1982, S.353 mit Nachweisen.
- 17) C.a., Juni 1982, Ü 3.
- 18) Näheres C.a., Juni 1982, Ü 1.

- 19) Z.B. BRu 1982, Nr.23, S.12. *
 20) So BRu 1982, Nr.2, S.10. *
 21) Näheres C.a., Februar 1981, Ü 2; Januar 1981, Ü 2; Mai 1981, Ü 3. *
 22) Näheres C.a., Juni 1981, Ü 1; April 1982, Ü 2. *
 23) Vgl. z.B. C.a., Juli 1982, Ü 2. *
 24) guoji wenti yanjiu, Oktober 1981, Nr.2. *
 25) Dt. in BRu 1982, Nr.4, S.18 ff., und Nr.5, S.8 ff. *

OSKAR WEGGEL

Große Harmonie mit den ostasiatischen Freunden:

Kim Il Sung und Kenzo

Suzuki besuchen die VR

China

*

*

* * * * *

Gliederung:

- I. Warum China in Ostasien Freunde braucht
- II. Freundschaft mit Korea: der Besuch Kim Il Sung's in China (16.-26.9.1982)
 1. Korea darf kein zweites Vietnam werden
 2. Betonung der Gemeinsamkeiten
 - a) Gemeinsamkeiten in Krieg und Frieden
 - b) Wiedervereinigungsfrage
 - c) Negative Beurteilung der US-Präsenz in Südkorea
 - d) Südkorea
 - e) Handelsbeziehungen Chinas mit Südkorea?
- III. Freundschaft mit Japan: der Besuch des japanischen Ministerpräsidenten Zenko Suzuki in China (26.9.-2.10.1982)
 1. Zehnjährige Bilanz der chinesisch-japanischen Beziehungen
 2. Einzelfragen
 - a) Zum japanisch-sowjetischen Territorialstreit
 - b) Zum japanisch-sowjetischen Verhältnis
 - c) China wendet sich gegen eine Finnlandisierung Japans und befürwortet eine Stärkung der "japanischen Selbstverteidigung"
 - d) Wirtschaftliche Beziehungen, die "Generationen überdauern" sollen
 - e) Rituale
 - aa) Freundschaftsrituale
 - bb) Kapitalismuskritik
 - f) Wie China die Beziehungen zwischen Japan und den ASEAN-Ländern wertet

I.

Warum China in Ostasien Freunde braucht

Anfang 1981 erschien ein Aufsatz von Jiang Yuanchun "Über die sowjetische Ostasien-Strategie" (1), in dem folgende drei Hauptthesen vertreten werden:

- Der strategische Schwerpunkt der Sowjetunion liegt in Europa. Dem Bereich Ostasien kommt in der sowjetischen Globalstrategie lediglich die Rolle einer wichtigen Flanke zu.

- Fünffaches Ziel der sowjetischen Ostasien-Strategie ist es, die USA aus dem Westpazifik zu vertreiben, das strategische Übergewicht in Ostasien und im Westpazifik zu erlangen, China einzukreisen, das Kaiserreich Japan durch Drohungen und Versprechungen in die Knie zu zwingen und am Ende die Kontrolle über die südostasiatischen Länder zu erlangen.

- Ob diese Strategie gelingt, hängt ganz wesentlich vom Widerstand der ostasiatischen Länder ab. Koordinierte antihegemonistische Aktionen der bedrohten Länder gegen die sowjetische Aggression und Expansion seien der Schlüssel für die Erhaltung von Frieden und Sicherheit in Ostasien.

Um diese drei Thesen zu untermauern, werden eine Reihe von "Expansions"-Maßnahmen der Sowjetunion im asiatisch-pazifischen Raum aufgezählt. Im einzelnen:

- Die Sowjetunion hält vier japanische Inseln besetzt und baut ihre dortigen militärischen Einrichtungen aus.

- Die sowjetische Pazifikflotte stärkt ihre Kräfte und verfügt inzwischen über 700 verschiedene Kriegsschiffe.

- Die Cam-Ranh-Bucht in Vietnam wird zu einem wichtigen Stützpunkt der sowjetischen See- und Luftstreitkräfte in Südostasien.

- Sowjetische Kriegsschiffe operieren häufig im Südchinesischen Meer.

- Die sowjetische Besetzung vietnamesischer Militärbasen bildet eine Bedrohung der lebenswichtigen Malakka-Straße.

- Vietnam verwandelt gegenwärtig die Bucht von Kompong Som in eine Versorgungsbasis für die sowjetische Pazifik-Flotte.

- Im November 1980 operierten der Flugzeugträger "Minsk" und